

Evangelische Verantwortung

Christliche Friedensethik in verantwortungsethischer Perspektive

Ulrich H. J. Körtner

„In der Zielsetzung christlicher Ethik liegt nur der Friede, nicht der Krieg.“ Auf diese Formel brachte bereits 1981 die Denkschrift der EKD „Frieden wahren, fördern und erneuern“ den friedensethischen Grundkonsens der christlichen Kirchen mitten in den heftigen Auseinandersetzungen um den Nato-Doppelbeschluß. Man kann in ihr den Ertrag der frie-



„Der friedensethische Kurs der Kirchen im Irakkonflikt war nicht frei von Widersprüchlichkeiten.“

densethischen Diskussion der vergangenen Jahrzehnte erblicken. Beachtet man die Kontinuität und ökumenische Konvergenz der grundlegenden friedensethischen Aussagen der letzten Jahrzehnte, verwundert es nicht,

daß die Kirchen weltweit in großer Einmütigkeit den Krieg gegen den Irak verurteilt haben, da er weder völkerrechtlich noch ethisch zu rechtfertigen sei.

Nun mag man zwar zu Recht den Ausbruch des Irakkrieges als Niederlage der Politik, ja mehr noch als „Niederlage der Menschheit“ beklagen, wie dies der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Lehmann, der Ratsvorsitzende der EKD, Präses Kock, und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen, Bischof Klaiber, in einer gemeinsamen Stellungnahme am Tag des Kriegsbeginns getan haben. Zum Scheitern der Diplomatie haben aber auch jene beigetragen, welche Zweifel an der Entschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft gegenüber dem Irak aufkommen ließen, z.B. indem sie eine zweite UN-Resolution durch ihr Vetorecht auf sachlich durchaus fragwürdige Weise verhindert haben oder von vornherein einen Militäreinsatz selbst für den Fall, daß der UN-Sicherheitsrat ihn beschlossen hätte, kategorisch ablehnten.

Auch der friedensethische Kurs der Kirchen im Irakkonflikt war nicht frei von Widersprüchlichkeiten, die auf innere Unstimmigkeiten der in den letzten Jahrzehnten von den Kirchen entwickelten Lehre vom „gerechten Frieden“ hindeuten. Schon der Zerfall Jugoslawiens, der Bosnien-Krieg und der Kosovo-Konflikt führten den Kirchen den utopischen Charakter der Vorstellung von der Überwindung der Institution des Krieges vor Augen.

„Schon der Zerfall Jugoslawiens, der Bosnien-Krieg und der Kosovo-Konflikt führten den Kirchen den utopischen Charakter der Vorstellung von der Überwindung der Institution des Krieges vor Augen.“

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Themen:

Editorial	3
Religion und Politik	7
Der Hospizgedanke in unserer Zeit	12
Thomas Rachel neuer Bundesvorsitzender des EAK	18

Damit aber ist die Frage unausweichlich, ob nicht auch weiterhin eine christliche Lehre vom gerechten Krieg notwendig bleibt und entsprechend der friedenspolitischen Herausforderungen am Beginn des 21. Jahrhunderts weiterentwickelt werden muß. Das Thema berührt zumindest in den lutherischen Kirchen eine Bekenntnisfrage, da die Confessio Augustana (CA) von 1530 in Artikel 16 das Recht des Staates, „rechte Kriege (zu) führen (iure bellare)“, ausdrücklich bejaht.

Die friedensethischen Stellungnahmen der letzten Jahre räumen ein, daß im Konfliktfall Recht auch mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden muß. Faktisch bedeutet dies allerdings, daß damit die Lehre vom gerechten Krieg im Rahmen einer modifizierten Lehre vom gerechten Frieden wiederkehrt. Daher überzeugt die Behauptung nicht, die neue Lehre vom Einsatz militärischer Gewalt als „ultima ratio“ und „Grenzfall“, der aber wirklich Grenzfall bleiben müsse, bedeute die endgültige Überwindung der traditionellen Lehre vom gerechten Krieg. Auch wer den Krieg begrenzt, macht ihn – ob er will oder nicht – „führbar“.

Die EKD setzt ihre Hoffnung auf eine Stärkung der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates. So begrüßenswert diese Option auch ist, so sehr leidet sie doch unter einer prinzipiellen Schwäche. Die friedensethischen Stellungnahmen der EKD erwecken nämlich tendenziell den Eindruck, als erübrige sich die ungeliebte Lehre vom gerechten Krieg, weil sie durch das moderne Völkerrecht ersetzt werde. Zweifellos bedeutet das grundsätzliche Gewaltverbot, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg in der Charta der Vereinten Nationen (ChVN) formuliert wurde, völkerrechtlich wie friedensethisch einen großen Fortschritt. Das Gewaltverbot der Vereinten Nationen negiert nämlich prinzipiell das „ius ad bellum“ und vermeidet den unfruchtbaren Streit um die Definition von Krieg und Angriffskrieg, freilich um den Preis, „daß eine Reihe von Ausnahmetatbeständen aufgenommen werden mußte, unter deren Deckmantel die Gewalt dann doch wieder jenen Platz einnahm, von dem sie gerade vertrieben worden war“ (H. Münkler). Wenn selbst die Kirchen militärische Gewalt im Fall von sogenannten humanitären Interventionen als Notstandsmaßnahme billigen, bestätigen sie ungewollt die faktische Aushöhlung des Gewaltverbots.

Außerdem ist die Unterscheidung zwischen Legalität und Moralität in Erinnerung zu rufen. Auch wenn in der modernen Gesellschaft das

Recht teilweise die Funktion der Moral übernommen hat, wird diese doch nicht durch das Recht vollständig ersetzt. In dem Fall, daß Instanzen des Völkerrechts versagen oder fehlen, zeigt sich, daß auch weiterhin eine eigenständige ethische Theorie des gerechten Kriegs vonnöten ist. M. Haspel hat dies bereits in einer Studie zum Kosovokrieg gezeigt. Diesbezügliche Vorhalte der evangelischen Kirche beruhen möglicherweise auf der Verwechslung von ethischer und theologischer Theorie des Krieges. Immer wieder begegnet nämlich der Einwand, es sei blasphemisch, Kriege oder den Einsatz von Militär auf den Willen Gottes zurückzuführen und religiös zu legitimieren. Eine theologische Legitimation von Kriegen, d.h. als heiligen Kriegen, verbietet sich in jedem Fall. Ethik aber – jedenfalls im Sinne einer Verantwortungsethik – setzt voraus, daß Entscheidungen über Krieg und Frieden von den Menschen zu verantworten sind, die sich vor Gott rechtfertigen müssen und gerade nicht unreflektiert auf den Willen Gottes berufen dürfen. Daß Krieg nach Gottes Willen nicht sein soll, besagt folglich, daß die Entscheidung für oder gegen militärische Maßnahmen in jedem Fall die eigene Entscheidung des Menschen und nicht die Entscheidung Gottes ist. Eben darum aber bedarf es einer ethischen Theorie des gerechten Kriegs, weil andernfalls die Frage von Krieg und Frieden ausschließlich auf eine juristische und politische Ermessensfrage reduziert wird.

Über die ethische und völkerrechtliche Legitimität der Gewaltanwendung gegen den Irak, unter der die Zivilbevölkerung entgegen den ursprünglichen Beteuerungen der Alliierten sehr wohl zu leiden hatte, über die hohen Risiken und die Verhältnismäßigkeit der Mittel kann man durchaus geteilter Meinung sein. Der Umstand, daß die USA für ihren aktuellen Krieg gegen den Irak wechselnde Rechtfertigungsgründe geliefert haben, die oberflächlich betrachtet, z.T. gegen den Wortlaut des geltenden Völkerrechts verstoßen, gibt Anlaß zu berechtigter Kritik. Ein wesentliches Kriterium der Lehre vom gerechten Krieg, nämlich ein klarer Kriegsgrund, war damit nicht erfüllt, mit der Folge, daß auch für die Beendigung des Militäreinsatzes keine klaren Bedingungen angegeben werden konnten. Sorgen bereiteten während der ersten Kriegswochen auch offenkundige strategische und politische Fehleinschätzungen der USA und ihrer Verbündeten. Und schließlich war von Beginn an unklar, welche Perspektiven die kriegsführenden Parteien für die Nachkriegsordnung im Irak sowie für den gesamten Nahen und Mittleren Osten hatten.

„Es bedarf einer ethischen Theorie des gerechten Kriegs, weil andernfalls die Frage von Krieg und Frieden ausschließlich auf eine juristische und politische Ermessensfrage reduziert wird.“

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie an dieser Stelle als neuer Bundesvorsitzender des EAK und Nachfolger von Jochen Borchert grüßen zu dürfen.

Jochen Borchert möchte ich hier zuerst noch einmal recht herzlich meinen Dank für seine zehnjährige, von Verlässlichkeit, Glaubwürdigkeit, menschlicher Verbindlichkeit und Herzlichkeit getragene Amtszeit aussprechen! Gleichzeitig möchte ich mich persönlich für den großen Zuspruch bei all den vielen Menschen bedanken, die mir vor, bei und nach dem Wahlgang Ihre Zustimmung, Ihre Sympathien und Segenswünsche bekundet haben. Es tut gut, wenn man bei den ja gar nicht leichten zukünftigen Aufgaben des EAK mit so viel Unterstützung rechnen kann. In meinem neuen Amt wird mir dies jedenfalls immer Ansporn wie Motivation sein, auf den bewährten Wegen mit neuer Kraft – im Sinne unserer gemeinsamen Sache – tätig zu sein.

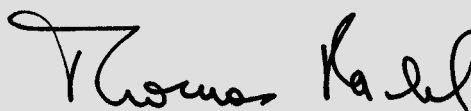
Diese Kontinuität der verlässlichen Politik ist meines Erachtens sowohl für den EAK als auch die CDU unverzichtbar. Die Mehrheit der kürzlich in der Meinungsumfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung Befragten akzeptiert den Anspruch des „C“ im Namen der Union. Viele sehen den Anspruch zwar nicht eingelöst, aber ihre Antworten zeigen, dass christliche Wertorientierung in der Bevölkerung sehr wohl hoch eingeschätzt wird. Eines meiner Ziele in der Nachfolge von Jochen Borchert wird sein, dass wir uns als EAK weiterhin dafür stark machen, dass die Politik unserer Partei christlichen Wertvorstellungen entspricht, auch wenn die landläufigen Vorstellungen unserer Zeit oftmals dagegen zu stehen scheinen. Wir alle zusammen beim EAK sind dafür verantwortlich, dass das „C“, also das christliche Menschenbild, das Nachdenken über unsere christlichen Wurzeln, auch in die nächste Generation getragen wird. Dazu brauchen wir weiterhin überzeugte und überzeugende Träger des christlichen Glaubens.

Nun liegt unsere 40. Bundestagung in Halle/Saale bereits einige Wochen zurück. Mit unserer thematischen Arbeit zur Friedensethik und Friedenspolitik haben wir wieder neue Akzente gesetzt. Überraschend war das Echo insbesondere auf die beiden Hauptvorträge: Unsere Parteivorsitzenden, Dr. Angela Merkel, sprach zur „Friedenspolitik im 21. Jahrhundert“, Prof. Dr. Ulrich Körtner (Wien) widmete sich dem Thema „Christliche Friedensethik in verantwortungsethischer Perspektive“. Damit auch diejenigen, die nicht in

Halle dabei sein konnten, die wichtigen Impulse und Gedanken nachvollziehen können, haben wir in dieser aktuellen Ausgabe der Evangelischen Verantwortung für Sie den Vortrag von Prof. Dr. Körtner in leicht überarbeiteter Form abgedruckt. Der Beitrag von Frau Dr. Merkel wird in einer der nächsten Ausgaben erscheinen. Wie ich bereits auf der Bundestagung unterstrichen habe, bin ich der festen Überzeugung, dass jetzt der rechte Zeitpunkt ist, unsere friedens- und sicherheitspolitischen Optionen zusammen mit den Kirchen neu und intensiv zu erörtern. Es darf nicht sein, dass dieses sicherlich äußerst komplizierte und unter uns Christen kontroverse Thema immer nur dann in einer einseitig emotionalisierten und durch die Medien angeheizten Form auf die Tagesordnung kommt, wenn es gerade wieder zum Ausbruch eines Krieges in der Welt, und somit gerade wieder zum Scheitern von politischen Bemühungen, gekommen ist! Der Evangelische Arbeitskreis wird an diesem Punkt jedenfalls weiterhin programmatisch seine Funktion als Brücke zwischen Partei und Kirchen wahrnehmen.

Viele weitere wichtige Themen möchte ich aber ebenfalls als Schwerpunkte für die künftige Arbeit des EAK-Bundesvorstandes nennen, sei es beispielsweise die Menschenrechtsfrage, die Familien- und Sozialpolitik, die Bildungspolitik, die bioethischen Herausforderungen oder die Fragen der würdevollen Sterbebegleitung. Überall dort wollen wir vermittelnd sein und Brücken bauen zwischen Kirche und Union. Doch wir werden uns darin nicht erschöpfen. Wir werden hier deutlich vom Evangelium her Position beziehen müssen. Hierzu ist Standhaftigkeit auch bei Widerständen vonnöten. Diese Arbeit kann deshalb nur gelingen, wenn wir uns allesamt auch künftig dem gleichen Ziel verschrieben wissen. Ich bitte hier um Ihre tatkräftige und wohlmeinende Unterstützung! Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und wünsche Ihnen von Herzen Gottes Segen!

Ihr



Thomas Rachel
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU



„Eines meiner Ziele wird sein, dass wir uns als EAK weiterhin dafür stark machen, dass die Politik unserer Partei christlichen Wertvorstellungen entspricht.“

„Die Ereignisse um den Irakkrieg zeigen, daß die theologische und ethische Diskussion über Inhalt und konkrete Anwendung einer Lehre vom gerechten Frieden noch keineswegs abgeschlossen ist.“

Der offizielle Hauptgrund waren im Irak vermutete Massenvernichtungswaffen. Bislang wurden solche Waffen freilich nicht gefunden. Die kriegsführenden Staaten stecken daher bereits wenige Wochen nach Kriegsende in einer veritablen Glaubwürdigkeitskrise. Die Erklärungen reichen vom Hinweis auf die geographische Größe des Irak, in welchem gut gesicherte Verstecke nicht leicht zu entdecken seien, über die Vermutung, der Diktator Hussein könnte seine verbotenen Waffen außer Landes geschafft oder kurz vor Kriegsausbruch vernichtet haben, oder die Hypothese, biologische und chemische Kampfstoffe seien jederzeit im Irak leicht herstellbar gewesen und darum nicht in großen Mengen gehortet worden, bis zu dem Verdacht, die kriegsführenden Regierungen der USA und Großbritanniens hätten die eigene Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit bewußt angelogen oder zumindest Geheimdienstinformationen einseitig interpretiert und die vom Irak ausgehende Gefahr überschätzt. Schon zu einem frühen Zeitpunkt erweckten die USA den Eindruck, einen Krieg gegen den Irak in jedem Fall führen zu wollen, was verständliche Zweifel an ihren wahren politischen Absichten und neue Ängste vor einer „pax americana“ auslöste. Sollte tatsächlich nachgewiesen werden, daß der Irakkrieg mit der Vorspiegelung falscher Tatsachen legitimiert wurde, wäre dies nachträglich ein gravierender ethischer Einwand gegen diesen Krieg.

Festzustellen ist allerdings auch, daß Saddam Hussein die internationale Öffentlichkeit über sein Waffenprogramm belogen hat. Daß er seine vermuteten Massenvernichtungsmittel in aller Heimlichkeit hinter dem Rücken der Vereinten Nationen vernichtet haben könnte, und damit die Fortführung der Sanktionen in Kauf genommen hätte, erscheint äußerst unwahrscheinlich. Wenn der gegen das Regime in Bagdad bestehende Verdacht völlig unbegründet gewesen sein sollte, wäre es umso unverständlicher, weshalb das Regime den Forderungen der Resolution 1441 des UN-Sicherheitsrat nicht in vollem Umfang nachgekommen ist. Im übrigen haben die Kriegsgegner, darunter auch die Kirchen, ihre ablehnende Haltung seinerzeit offiziell nicht mit massiven Zweifeln an der Glaubwürdigkeit der von den USA und Großbritannien gegen den Irak erhobenen Vorwürfe begründet. Daß von Saddam Husseins Regime eine ernsthafte Bedrohung für den Frieden ausging, wurde vielmehr auch von den Kirchen angenommen. Insofern überraschten die Selbstsicherheit und die Einseitigkeit, mit der die EKD und andere Kirchen bereits in der Phase der Bemü-

hungen um eine diplomatische Lösung des Irakkonflikts schon die bloße Drohung mit militärischer Gewalt kritisiert haben, obwohl diese doch durchaus in der Logik des Kapitels VII der ChVN lag. Im übrigen erscheint die Unterscheidung zwischen legitimer – und notfalls gewaltsamer – Entwaffnung des Irak und einer vermeintlich illegitimen Intervention zum Zweck des Regimewechsels abstrakt, wenn man die Geschichte der Irakkrise seit 1990 verfolgt. Selbst wenn es für Kritik am Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten gute Gründe gibt, hätte ich mir doch insgesamt von den Kirchen mehr Nachdenklichkeit und Kritikfähigkeit gegenüber dem UN-Sicherheitsrat und den politischen Motiven der Kriegsgegner gewünscht.

Die Ereignisse um den Irakkrieg zeigen jedenfalls, daß die theologische und ethische Diskussion über Inhalt und konkrete Anwendung einer Lehre vom gerechten Frieden noch keineswegs abgeschlossen ist. Hier besteht weiterer Klärungsbedarf. Dazu sollen im Folgenden einige Hinweise gegeben werden. Sie gelten 1. der Fortentwicklung des Völkerrechts, 2. dem Zusammenhang von Gewalt und Sünde, 3. der friedensethischen und friedenspolitischen Rolle der Religionen, 4. dem Zusammenhang von Gewaltmonopol, demokratischer Gewaltenteilung und Gerechtigkeit, 5. der notwendigen Selbstbegrenzung einer ethisch verantwortbaren Friedens- und Sicherheitspolitik sowie 6. der eschatologischen Differenz zwischen dem Weltfrieden im politischen Sinne und dem Frieden des Reiches Gottes.

1. Die Kirchen fordern nachdrücklich, daß die Anwendung militärischer Gewalt strikt an das Völkerrecht gebunden bleibt. Gleichzeitig weisen sie selbst auf bestehende Mängel des derzeitigen Völkerrechts hin. Wie die neuen Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus zeigen, reichen sie noch weiter als von den Kirchen bislang angenommen. Die offenkundigen Schwierigkeiten der USA und ihrer Verbündeten, die Übereinstimmung ihres militärischen Vorgehens gegen den Irak mit der UN-Charta nachzuweisen sowie die kontroverse Debatte über die völkerrechtliche Legitimität militärischer Präventivmaßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus sind zumindest auch die Folge von Defiziten des geltenden Völkerrechts auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung und lassen sich keineswegs nur als Indiz für unlautere politische Absichten deuten. Das betrifft zumindest die bis vor einigen Jahren undenkbare Gefahr, daß Massenvernichtungswaffen in die Hände

von Terrororganisationen gelangen können, die auch vor Selbstmordanschlägen nicht zurückschrecken, so daß die üblichen Abschreckungsmechanismen versagen. Es bleibt zu hoffen, daß der Rechtsbruch, den Völkerrechtler im Falle des Irakkriegs mehrheitlich konstatieren, schlußendlich zur Weiterentwicklung des Völkerrechts führt.

Im übrigen ist der UN-Sicherheitsrat kein oberster Gerichtshof, sondern ein Gremium, das nach politischen Gesichtspunkten entscheidet. Seine Aufwertung zur obersten Gerichtsbarkeit für internationale Konflikte, wie sie offenbar unter anderem den Kirchen vorschwebt, zeugt von mangelndem Realitätsinn. Die offenkundige Schwäche des UN-Sicherheitsrats darf freilich nicht dazu führen, die Autorität der UNO weiter zu demontieren und nationalstaatliche Einzelinteressen höher zu bewerten als die Pflichten, die aus der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zur solidarischen Mitwirkung an friedenserhaltenden und friedensstiftenden Maßnahmen und Strukturen erwachsen. Gerade wenn das Ziel eine Stärkung der Vereinten Nationen ist, muß über neue Lösungsansätze nachgedacht werden. Wer wie die Kirchen am friedenspolitischen und friedensethischen Ziel einer künftigen Weltinnenpolitik festhalten will, in deren Rahmen die Institution des Krieges überwunden und allenfalls nur noch eine Art von internationalen Polizeieinsätzen geduldet ist, sollte freilich „so konsequent sein, die Wiederkehr der Theorien des gerechten Krieges als eine Zwischenetappe auf diesem Weg zu begreifen“ (H. Münkler).

2. Eine wirklichkeitsgerechte Friedensethik wird sich aber auch mit der Realität und neuen Formen der Gewalt auf neue Weise auseinandersetzen müssen. Hierzu kann m.E. gerade die christliche Theologie einen substantiellen Beitrag leisten, weil sie die Sündhaftigkeit des Menschen und von Menschen geschaffener Strukturen thematisiert. Eine gewaltlose Welt gehört in das Reich der Utopie. Weder durch bloße Ächtung oder Tabuisierung von Gewalt noch durch gewaltsame Versuche, Gewalt zu unterdrücken oder Gewalttäter zu eliminieren, läßt sich die Realität von Gewalt aus der Welt schaffen. An dieser Stelle besteht die Aufgabe christlicher Theologie und Friedensethik in der Kritik von Friedensideologien.

Sie richtet sich z.B. gegen apokalyptische Phantasien vom Kampf des Guten gegen das Böse und gegen jede Dämonisierung politischer Gegner. Mit Recht wenden sich darum

die Kirchen gegen jeden Mißbrauch von Religion zur Legitimation kriegerischer Gewaltanwendung. Von einem Kreuzzug gegen den Terrorismus zu sprechen, verbietet sich ebenso wie die Dämonisierung einzelner Staaten als Achse des Bösen oder ein messianisches Sendungsbewußtsein, das sich auf den Willen Gottes beruft. Die Kritik der Kirchen an der religiös aufgeladenen Diktion des amerikanischen Präsidenten George W. Bush ist nachdrücklich zu unterstreichen. Die Folgen eines – womöglich noch apokalyptisch aufgeladenen – Handlungszwangs könnten gerade auf dem Gebiet der Friedenssicherung fatal sein. Nicht weniger kritikwürdig ist allerdings der Manichäismus in Teilen der Friedensbewegung oder auf seiten islamischer Fundamentalisten, welcher nun ebenfalls in dualistischer Manier die USA oder ihre Administration und Präsident Bush mit dem Bösen identifiziert und gleichzeitig die Diktatur im Irak verharmlost.

Gegenüber jeder Personalisierung und Abspaltung des Bösen von der eigenen Person ist theologisch daran zu erinnern, daß beides, Gut und Böse, in einem jeden von uns wohnen. Theologische Kritik muß daher auch gegenüber der Leugnung von faktisch vorhandener Gewalt und Gewaltbereitschaft geübt werden.

3. Das gilt nicht nur für den politischen Bereich, sondern auch für die Religionen, die heutzutage gern ihre Rolle als Friedensstifter hervorheben. So korrespondiert dem politischen Ziel einer Weltfriedensordnung die Forderung nach Ausbildung eines Weltethos. Bislang ist allerdings nicht erkennbar, auf welchem Wege ein Weltethos begründet und vor allem weltweit konsensfähig werden soll. Zunächst einmal ist festzustellen, daß Ethos oder Moral nicht eo ipso der Eindämmung von Krieg und Gewaltanwendung dienen, sondern im Gegenteil „polemogenen“ Charakter (N. Luhmann) tragen. Daß aber der Widerstreit moralischer Werte und der Konflikt divergierender Ethiken in ein universales Weltethos aufgehoben werden könnten, ist eine trügerische Hoffnung. „Sechs Milliarden Menschen“, so der Soziologe K.O. Hondrich, „über den gleichen moralischen Leisten zu schlagen – das wird die Konflikte der Kulturen und Interessen nicht abmildern, sondern anheizen.“

4. Bedenkenswert ist schließlich die These des Soziologen K.O. Hondrich, daß alle Hoffnungen auf eine Weltfriedensordnung utopisch bleiben, solange nicht eingestanden wird, daß es sich dabei zugleich um eine Welt-

„Eine wirklichkeitsgerechte Friedensethik wird sich mit der Realität und neuen Formen der Gewalt auf neue Weise auseinandersetzen müssen.“

gewaltordnung handeln muß. Was wir derzeit erleben, ist in der Tat nicht die Entwicklung vom nationalstaatlichen zum transnationalen Gewaltmonopol, wie es der Charta der Vereinten Nationen entspräche, sondern im Gegenteil eine Tendenz vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt. Gewalt wird privatisiert und kommerzialisiert. Mit diesem Umstand wird sich auch eine christliche Friedensethik noch intensiver als bisher auseinandersetzen müssen.

Allerdings können manche der Thesen Hondrichs nicht unwidersprochen bleiben. So muß z.B. betont werden, daß die dauerhafte Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols nicht ausschließlich und primär auf Gewaltdrohung, sondern auf der Herrschaft des Rechts und einer Ordnung beruht, die von den Bürgern und Bürgerinnen als gerecht empfunden wird. Nationalstaatliches Gewaltmonopol und demokratische Gewaltenteilung und Kontrolle staatlicher Gewalt schließen einander nicht aus, sondern sind beide eine wesentliche Bedingung für eine stabile Friedensordnung. Den Kirchen ist darin nachdrücklich zuzustimmen, daß dauerhafter Frieden nicht durch Gewalt und Gewaltdrohung, sondern durch Versöhnung, durch Recht und Gerechtigkeit gestiftet und bewahrt wird.

5. Die Aufgabe der Theologie besteht nicht zuletzt darin, zu einem redlichen und selbstkritischen Umgang mit dem Gewaltpotential anzuleiten, das in einem jeden von uns steckt. Dieses wird weithin tabuisiert. Würden wir nämlich „Gewalt als grundlegend auch für die eigene Gesellschaft erkennen und anerkennen, könnten wir sie nicht mehr nur bekämpfen und müßten an uns selbst irre werden“ (Hondrich). Zum christlichen Glauben gehört allemal eine gute Portion Skepsis, sowohl gegenüber jedem moralischen Enthusiasmus als auch gegenüber einem übersteigerten Si-

cherheitsdenken, welche beide in einer Art von Omnipotenz- und Ubiquitätswahn für alles und jedes Verantwortung übernehmen und sich damit überheben wollen. Zwar läßt sich mit Recht kritisieren, daß viele z.B. in Afrika seit langem schwelenden und blutigen Konflikte von der Weltöffentlichkeit nicht beachtet werden und auch keine weltweiten Proteste wie der Irakkrieg auslösen. Die grundsätzliche Befürwortung humanitärer Interventionen zur Beendigung oder Verhinderung massiver Menschenrechtsverletzungen birgt freilich die Gefahr eines neuen Interventionismus und einer Remilitarisierung internationaler Politik. Auch der „Krieg gegen den Terrorismus“ zehrt z.T. von einer Weltfriedensutopie, die nicht minder gefährlich als der bekämpfte Terrorismus selbst werden kann. Demgegenüber dient gerade die Selbstbegrenzung des Menschen auch in sicherheitspolitischen Fragen dem Frieden. Konkret bedeutet dies u.a., daß dem Sicherheitsbegriff in der friedensethischen Diskussion mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist. Utopien von totaler Sicherheit sind demokratie- und freiheitsgefährdend.

6. Der ewige Frieden im buchstäblichen Sinne ist von Menschen nicht zu schaffen und weder zu erzwingen noch zu garantieren. Frieden im umfassenden Sinne des Wortes bleibt eine die Grenzen des Machbaren transzendierende Gabe. Zur humanen Selbstbegrenzung im Sinne des christlichen Glaubens gehört es freilich auch, nicht nur der ideologischen Überfrachtung des Friedensbegriffs, sondern auch seiner politischen Banalisierung entgegenzuwirken.

Anm.:

Prof. Dr. Ulrich Körtner lehrt am
Institut für Systematische Theologie
an der Universität Wien

*„Frieden im
umfassenden
Sinne des
Wortes bleibt
eine die Grenzen
des Machbaren
transzendierende
Gabe.“*



Seit Dezember 2002 haben insgesamt 335 Leserinnen und Leser 13.997,65 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet.

Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500 oder
Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:

Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

Das „C“ in unserer Zeit – eine neue Umfrage zu Religion und Politik

J. C. Koecke

Gerade ist der Ökumenische Kirchentag in Berlin zu Ende gegangen, und die Beobachter schwanken wieder in ihrem Urteil, ob diese fünf Tage mit über 200.000 Dauergästen nun ein Zeichen des Glaubens gewesen sind oder ein Strohfeuer, ein „religiöses Woodstock“, das auf die unspektakuläre, ereignisärmere Zeit danach, auf Kirchengang und Kirchenbindung kaum Einfluss hat. Optimismus oder Pessimismus des Urteilenden wird die Deutung bestimmen, und man braucht nicht Prophet zu sein um vorauszusagen, dass die pessimistischere Sicht auf die Dinge als die aufgeklärtere gelten wird. Gerne beruft man sich dann auf die Demoskopie.

In drei großen Umfragen (Allensbach für die der Deutschen Bischofskonferenz nahestehenden MDG, McKinsey, stern, T-Online und ZDF mit „Perspektive Deutschland“ sowie dimap für die Konrad-Adenauer-Stiftung) ist daher auch in letzter Zeit versucht worden, dem Glauben, der Kirchenverbundenheit und den Werten der Deutschen den Puls zu fühlen.

Die drei Umfragen werden zwar in einem Atemzug genannt, sind aber nur schwer miteinander zu vergleichen. Gegenstand der Allensbach-Umfrage für die MDG ist das Medienverhalten der Katholiken in Deutschland. McKinsey und die anderen haben ein ganz anderes Erkenntnisinteresse, und die Kirche spielt in dem ganzen nur als eine Institution unter vielen im Zusammenhang mit der Reformdebatte in Deutschland eine Rolle. Zwar bezeichnete Kardinal Lehmann in einer ersten Reaktion im stern die Ergebnisse als „sehr schmerzhaft“, doch muss man sich im klaren sein, dass in Deutschland bei Fragen nach der Institution Kirche Pawlowsche Reflexe ausgelöst werden, die wenig über den differenzierten Zusammenhang von Glauben und Werten der Gesellschaft ausdrücken.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wollte es deshalb genau wissen und hat eine eigene Umfrage in Auftrag gegeben. Je 1000 repräsentativ ausgewählte Personen über 16 Jahren aus den westlichen und den östlichen Bundeslän-

dern wurden Ende 2002 in Telefoninterviews durch dimap befragt. In den östlichen Bundesländern mussten überproportional viele Befragungen durchgeführt werden, um einen repräsentativen Querschnitt zu erzielen. Selbstverständlich wurden die Ergebnisse dann gewichtet.

WARUM NACHFRAGEN?

Nostalgiker bezeichnen Politik als die Kunst des Möglichen, heute wird sie meist nur noch als die Technik des Möglichen verstanden: ein System von Abläufen, Entscheidungen, legitimierenden Akten. Man braucht nicht erst das berühmt gewordenen Böckenförde-Zitat zu bemühen, um zu erkennen, dass dies allein schon systematisch eine Verengung von Politik ist. Politik braucht ein Fluidum von Überzeugungen, Werten, Grundentscheidungen, das die Technik des Möglichen erst ermöglicht. Die Kunst ist es, diese Grundlagen zu kennen, ihren Wandel zu verfolgen und mit dem Möglichen in Einklang zu bringen.

Nicht nur aus Sicht der Christdemokratie sind nun Glaube, Religiosität, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Wertüberzeugungen der Menschen entscheidende Grundlagen von Politik. Sie prägen die Atmosphäre einer Gesellschaft, in der Politik sich verwirklicht. Umso wichtiger ist es für Politik, von Zeit zu Zeit eine Bestandsaufnahme zu machen, quasi den Brunnen auszuloten, aus dem sie schöpft.

WAS WURDE GEFRAGT?

Die Umfrage lässt sich in sechs Themenbereiche einteilen:

- Glaube und Religiosität
- Rolle und Bedeutung der Kirchen
- Christliche Werte in der Politik
- Die Union und das „C“
- Islam und Muslime
- Besondere Ergebnisse

GLAUBE UND RELIGIOSITÄT

Fragt man nach der Religiosität der Deutschen im allgemeinen, so fällt auf, dass 43 % sich als „sehr“ oder „ziemlich religiös“ bezeichnen und nur 18 % dezidiert erklären, „überhaupt nicht religiös“ zu sein. Ebenso signifikant ist, dass immerhin 70 % an einen persönlichen Gott oder eine überirdische Macht glauben und nur 17 % „weder noch“ angeben, also echte Atheisten sind. Atheismus ist in Deutschland offen-



„Politik braucht ein Fluidum von Überzeugungen, Werten, Grundentscheidungen, das die Technik des Möglichen erst ermöglicht.“

sichtlich anders als in anderen Ländern unschicklich. Fragt man dagegen konkret nach dem Rückhalt für die klassischen christlichen Glaubensinhalte, so ergibt sich ein 50-50 Bild. Mancher mag darin das Glas noch halb voll, ein anderer eher halb leer sehen, je nach Hoffnungen oder Befürchtungen, die man hegt.

Nimmt man beides zusammen, so zeigt sich, dass der Glaube an etwas Transzendentes – und wenn auch nur an eine „höhere Macht“ – existiert, aber doch eine Distanz zu klassischen christlichen Dogmen spürbar ist.

ROLLE UND BEDEUTUNG DER KIRCHEN

Allgemein ist der Prozentsatz derjenigen, die sich „überhaupt nicht“ mit der Kirche verbunden fühlen, mit 30 % relativ gering, 5 % bezeichnen sich als „sehr stark“, 16 % als „stark“ und dominierende 49 % als „etwas verbunden“. Das bestätigt die obigen Ergebnisse von vorhin. Ungern scheinen die meisten sich gänzlich von der Kirche lossagen zu wollen, die Antwort „etwas“ belässt ihre Antwort im Unbestimmten.

Man muss aber differenzieren: Eines der auffälligsten Ergebnisse der Untersuchung ist, welche Bedeutung „Kirche vor Ort“ hat. Neben vielen vergleichbaren Angaben betonen 65 % der Befragten, dass sie gerne öfter intensive persönliche Gespräche mit ihrem Pfarrer führen möchten, was immerhin schon 43 % vorher getan haben. Der persönliche Zugang, die Ansprechbarkeit haben eine besondere Qualität.

Schaut man sich an, welche Aufgaben die Bevölkerung den Kirchen zumisst, so sind es vor allem die Kernaufgaben, die hohe Zustimmungswerte erzielen (Gestaltung von Gottesdiensten, Seelsorge, Hilfe für Familien in Not). Die Gestaltung von Rundfunk- und Fernsehprogrammen, aber erstaunlicherweise auch der Betrieb von Schulen (28 %) sehen wenige als Aufgaben der Kirchen an.

Auch bei den Stellungnahmen der Kirchen zeigt sich, dass es auf breite Zustimmung trifft, wenn die Kirchen ihre ureigenen Felder bestellen, z.B. Menschenrechtsfragen und – sehr aktuell – die Frage von Krieg und Frieden. Bei kirchlichen Äußerungen zur Wirtschaftsordnung oder zur Sozialgesetzgebung sind die Zustimmungswerte geringer. Hier vermutet man die Expertise offensichtlich bei anderen gesellschaftlichen Akteuren. Einschränkend muss man hinzufügen, das allerdings nur 19 % angeben, die kirchlichen Stellungnahmen zur

eigenen Meinungsbildung herangezogen zu haben.

Es wurde auch nach typischen Erscheinungen des speziellen deutschen Miteinanders von Staat und Kirchen gefragt. Hier zeigten sich relativ hohe Zustimmungswerte z.B. zum Religionsunterricht an staatlichen Schulen, aber auch zu christlichen Symbolen in öffentlichen Räumen. Die geringen Werte zum deutschen Kirchensteuersystem haben wohl mehr mit der Unbeliebtheit von Steuern insgesamt zu tun.

Zusammenfassend kann man folgende Ergebnisse formulieren:

- Es gibt einen Wunsch nach Nähe zur Kirche und nach persönlicher Begegnung mit Geistlichen.
- Die Bevölkerung gibt ein Plädoyer für die Ausübung der Kernkompetenz der Kirchen ab.
- Die Kirche soll sich nach Meinung der meisten mit ihren ureigenen Themen beschäftigen.
- Es gibt eine teils verhaltene, teils aber auch deutliche Zustimmung zum staatskirchenrechtlichen Status quo. Deutliche laizistische Tendenzen konnten nicht festgestellt werden.

CHRISTLICHE WERTE IN DER POLITIK

Von besonderer Bedeutung im Hinblick auf das Grundanliegen der Untersuchung ist die Frage nach der Zustimmung zum christlichen Menschenbild.

Sieht man einmal von der menschlichen Fehlbarkeit ab, die ja eher ein Gemeinplatz ist, so wiederholt sich die oben erwähnte 50-50-Situation auch hier, mit leicht optimistischer Tendenz. Immerhin 60 % geben z.B. an, dass für sie Gott in jedem menschlichen Wesen wirksam und erfahrbar ist. Auch ist der Wert von 73 %, die christlichen Wertvorstellungen in der Politik eine wichtigere oder gleich wichtige Rolle in der Zukunft zusprechen, durchaus bemerkenswert.

Dies hält sich auch in den Vorstellungen zur praktischen Politik durch: Neben einer hohen Zustimmung zur Entwicklungshilfe im allgemeinen, die von 92 % der Befragten für richtig befunden wird, steht eine hohe Ablehnung des Handels mit Folterstaaten (70 %). Wenn sich beide Haltungen kreuzen, wenn also nach der Entwicklungshilfe an Staaten gefragt wird, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, ergibt sich ein unentschiedenes Bild: nur noch 49 % befürworten in diesem Falle

„Schaut man sich an, welche Aufgaben die Bevölkerung den Kirchen zumisst, so sind es vor allem die Kernaufgaben, die hohe Zustimmungswerte erzielen.“

Entwicklungshilfe. Man ist also insgesamt wenig bereit, moralische Erwägungen ökonomischen Interessen unterzuordnen.

Kritisch wird die Bevölkerung erst, wenn es um den direkten Link zwischen Kirchen bzw. Religion und Politik geht. 62 % meinen, die Kirchen sollten nicht versuchen, Entscheidungen der Regierung zu beeinflussen und weniger als die Hälfte, nämlich 44 %, wünscht sich mehr Menschen mit religiöser Überzeugung in öffentlichen Ämtern. Offensichtlich gibt es also eine große Zustimmung für das christliche Menschenbild und eine wertorientierte Politik. Es gibt also ein stabiles Wertepotential in unserer Gesellschaft. Es gibt aber auch eine gewisse Reserviertheit gegen den Einfluss der Kirchen auf die Politik. Der antiinstitutionelle Affekt der Bevölkerung gegen die Kirche bricht sich hier Bahn.

DIE UNION UND DAS 'C'

Für die Christdemokratie ist es naturgemäß von größter Bedeutung, wie die Bevölkerung das „C“, der christliche Anspruch im Parteinaamen, beurteilt wird. Dieser Anspruch wird in der öffentlichen Debatte von zwei Seiten in die Zange genommen: einmal von Vertretern der Kirche selbst, die dies als Anmaßung verstehen, zum anderen von säkularen Kreisen, die jede Verbindung der religiös-kirchlichen mit der politischen Sphäre für unzeitgemäß halten.

Es wurde danach gefragt, ob das „C“ ein selbst gewählter Anspruch ist, an dem sich die Partei messen lassen muss oder ob damit ein Missbrauch des Christlichen vorliege. 60 % haben das „C“ als Anspruch akzeptiert. Dies ist angesichts der Debatte in der medial vermittelten Öffentlichkeit bemerkenswert.

Sehr viel Wasser in den Wein gießen aber die Antworten auf die logische Folgefrage, nämlich, ob diesem Anspruch in der Umsetzung Genüge geleistet wird. 73 % sagen, dass die CDU christliche Wertvorstellungen nicht umsetzt. Anspruch und Wirklichkeit klaffen also in der Meinung der Bevölkerung auseinander. Wegen der hohen Akzeptanz des „C“-Anspruchs folgt aber gerade daraus nicht, dass die Christdemokratie auf das „C“ verzichten sollte; im Gegenteil: der Anspruch muss mit Leben gefüllt und umgesetzt werden.

Dennoch reizt es zu einer näheren Analyse, warum der Umsetzungswert so schlecht ist: Liegt es an der Politik der Union allein, wie der politische Gegner sofort vermuten würde? Oder liegt es an einer spezifischen Auffassung

des Christlichen in der Gesellschaft? Einer Auffassung, in der bestimmte, eher „linke“ Auffassungen zur Sozialpolitik, zur Zuwanderungsfrage oder zur Globalisierung automatisch mit Christlichkeit assoziiert werden? Die Umfrage gibt dazu nicht genug her, weil nicht nach Konnotationen des Christlichen gefragt wurde. Sie zeigt aber z.B., dass die Menschen sowohl in der Beurteilung konkreter Politikfelder (Beispiel: Entwicklungspolitik) als auch in der Wertschätzung bestimmter Felder kirchlicher Stellungnahmen (Frieden, Menschenrechte) ihre Präferenz für Aktionsbereiche abgegeben haben, die landläufig nicht unmittelbar mit der Union in Verbindung gebracht werden.

ISLAM UND MUSLIME

Die Ergebnisse der Umfrage im Hinblick auf den Islam und den Umgang mit Muslimen sind erfreulicherweise eindeutig: Eine große Mehrheit von 64 % spricht sich für eine freie Religionsausübung der hiesigen Muslime aus. Auch der islamische Religionsunterricht findet eine Mehrheit. Nur 19 % sind antimuslimisch eingestellt.

Die Gegenprobe bringt das gleiche Ergebnis. Es gibt keine nennenswerte Aversion gegen Muslime. Nur 4 % von denen, die Muslime in der Nachbarschaft haben, fühlen sich durch sie gestört, nur 8 % von denen, die keine Muslime in der Nachbarschaft haben, würden sich durch sie gestört fühlen. Auch haben relativ viele Erfahrungen mit Muslimen gemacht und sind mit ihren Gebräuchen vertraut.

OST UND WEST

Besonders aufschlussreich ist die Umfrage im Hinblick auf Ost- und Westdeutsche. An dem Beispiel „Haltung zu kirchlichen Stellungnahmen“ lässt sich gut verdeutlichen, dass man nicht immer von einem Ost-West-Unterschied sprechen kann. Ost- und westdeutsche Bevölkerung haben ungefähr die gleichen Zustimmungswerte zu kirchlichen Stellungnahmen. Die Unterschiede zeigen sich erst, wenn nach spezifisch christlichen Überzeugungen gefragt wird. Immer wenn Christliches expressis verbis erwähnt wird, treten sofort große Differenzen in den Zahlen auf. So ist z. B. die Zustimmung zum christlichen Menschenbild in den Punkten „der Mensch ist von Gott geschaffen“ (Zustimmung West: 57 %, Zustimmung Ost: 30 %) und „Gott ist in jedem menschlichen Leben wirksam und erfahrbar“ (West: 65 %, Ost: 38 %) sehr geteilt. Sobald Christliches nur implizit auftaucht, findet wieder eine Angleichung statt. So halten West- und Ostdeutsche den

„Offensichtlich gibt es eine große Zustimmung für das christliche Menschenbild und eine wertorientierte Politik.“

Menschen gleichermaßen für unvollkommen und fehlbar (West: 86 %, Ost 81 %).

Es ist dann auch wenig verwunderlich, wenn Ostdeutsche weniger Verständnis für die Besonderheiten des Staats-Kirche-Verhältnisses in Deutschland aufbringen und z. B. die Berufung auf Gott in der Präambel des Grundgesetzes nur mit 39 % billigen, Westdeutsche sie dagegen zu 60 % gutheißen. Kruzifixe in öffentlichen Räumen billigen nur 37 % der Ostdeutschen (West 58 %).

Insgesamt sind Ost und West in den Werten und der Wertschätzung wertorientierter Politik nah beisammen, getrennt sind sie durch Fremd- bzw. Vertrautheit mit christlicher Terminologie.

KATHOLISCH-EVANGELISCH

Erstaunlicherweise zeigen sich in der Umfrage die Unterschiede der beiden Konfessionen weniger in Fragen der Politik und der Wertorientierung in der Politik, auch nicht in der Bewertung des „C“, sondern mehr in Fragen der Religiosität, des Glaubens und des christlichen Menschenbildes.

Als „sehr“ oder „ziemlich“ religiös bezeichnen sich 12 % bzw. 48 % der befragten Katholiken, aber nur 7 % bzw. 41 % der Evangelischen. 40 % der Katholiken geben an, dass sie an einen persönlichen Gott glauben, nur 29 % der Protestanten teilen diese Haltung. Umgekehrt liegt die Zahl der evangelischen Christen, die an eine „überirdische Macht“ glauben mit 50 % fünf Prozentpunkte höher als die der Katholiken.

Auch bei der Zustimmung zu christlichen Glaubensinhalten wie der Trinität oder „wahrer Mensch und wahrer Gott“ liegen die evangelischen Christen im Durchschnitt 10 Prozentpunkte niedriger als die Katholiken. Dies gilt auch für wesentliche Bestandteile des christlichen Menschenbildes.

Diese Unterschiede können auch nicht allein mit der unterschiedlichen Kirchenverbundenheit erklärt werden, ist doch die Zahl der „sehr stark“ mit der Kirche verbundenen Katholiken mit 8 % und der Protestanten mit 7 % annähernd gleich und unterscheiden sich die „stark“ verbundenen Katholiken mit 25 % nicht gravierend von den 20 % stark verbundenen auf der evangelischen Seite.

In Kirchendingen unterscheiden sich die Konfessionen dann nicht mehr so stark. Katholiken legen größeren Wert auf konfessionelle Schu-

len und Konfliktberatung, Evangelische mehr auf kirchliche Krankenhäuser und Militärseelsorge. Auch kirchliche Stellungnahmen werden weitgehend ähnlich bewertet.

Im Staat-Kirche-Verhältnis ergibt sich ein uneinheitliches Bild: Gottesbezug in der Präambel und Religionsunterricht werden gleich positiv beurteilt, nur bei religiösen Symbolen in öffentlichen Räumen sind Protestanten wesentlich zurückhaltender: nur 54 % gegenüber 74 % der Katholiken sind dafür, 40 % dagegen (Katholiken: 17 %).

In allen Wertefragen in der Politik stimmen Katholiken und Protestanten weitgehend überein, auch in der „C“-Frage herrscht kein deutlicher Dissens: 26 % der Katholiken gegenüber 29 % der Protestanten halten das „C“ im Parteinaamen für einen Missbrauch des Christlichen, 61 % der Protestanten akzeptieren den Anspruch (62 % der Katholiken). Was die Umsetzung angeht, sind Protestanten allerdings noch schonungsloser als der Bevölkerungsdurchschnitt: Nur 15 % gegenüber 21 % der Katholiken glauben, dass die Partei das „C“ auch umsetzt.

FAZIT

Wie steht es um unsere Gesellschaft nach einer ersten Auswertung der Ergebnisse? Die Rede vom „Werteverfall“ muss, auch unter Heranziehung anderer Umfragen, in das Reich undeutlichen Sprechens verwiesen werden. Denn Werte „zerfallen“ immer – das ist ihr Begriff – und wandeln sich zu anderem, zu einer Variante mit gleichem „Wertkern“. So ist auch in der Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung erkennbar, dass der Gestus der Cassandra, die Sorge um eine amoralische Gesellschaft, nur die Sorge um eine Gesellschaft ist, die auf eine andere Weise moralisch ist als der Klagende sich vorstellen kann oder will. Man kann von der Umfrage auf ein stabiles Wertepotential der Gesellschaft schließen, ein Wertepotential allerdings, zu dem die Union nicht immer einen selbstverständlichen Zugang hat.

Gravierender ist die Halbierung der Gesellschaft in religiös Musikalische und religiös Unmusikalische (nur so kann man die Religionsfernen bezeichnen, denn waschechte „glaubensfeste“ Atheisten gibt es kaum). Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist nicht mehr religiös, sie glaubt nicht an den christlichen, persönlichen Gott, sie hält Distanz zu christlichen Glaubensinhalten, sie betet nicht mehr regelmäßig. Das „Vaterunser“ ist zwar allgemeines Kulturgut, liegt aber als Werkzeug des

„Die Rede vom ‚Werteverfall‘ muss, auch unter Heranziehung anderer Umfragen, in das Reich undeutlichen Sprechens verwiesen werden.“

Glaubens nur herum und wird mehrheitlich nur noch bei Notfällen herausgeholt. Weit und breit ist (noch) keine religiöse Aufbruchsbewegung mit nennenswertem Rückhalt zu sehen. Anders als in der religiösen Wettbewerbsgesellschaft Vereinigte Staaten, in der das religiös musikalische Talent der Amerikaner sich immer wieder in dynamischen Glaubensgruppierungen auslebt. Ein Hinweis auf eine esoterisch-synkretistische Nebenlinie des Glaubens war aus der Untersuchung nicht ablesbar.

Die Kirche verliert ihre universale, für alle Fragen des öffentlichen Lebens bedeutsame Rolle. Die Menschen denken arbeitsteilig, in gesellschaftlichen Segmenten und weisen der Kirche einen Platz zu: Im Gegensatz zu den zu unspezifisch gestellten Fragen zur Reputation von Berufen und Institutionen ist dies ein ehrenhafter Ort – direkt bei den Menschen, im Gespräch, in der Seelsorge, in der Caritas. Für die Kirchen ist dies eine ungeheure Chance, der Bedarf an Zuwendung ist enorm, und die

finanzielle und personelle Entwicklung der Kirchen zwingen zur Reduzierung aufs „Kerngeschäft“. Politik und Kirchen zusammen sind eine wenig beliebte Kombination. Die Kirchen dürfen nach der Meinung der meisten der Politik ins Gewissen reden, aber mitmischen, das sollen sie nicht. Politik aus christlicher Verantwortung dagegen genießt Wertschätzung – das ist ein hoffnungsvolles Signal –, aber sie muss die Balance finden zwischen den unveräußerlichen Bestandteilen ihrer Identität und den neuen Anforderungen und Fragen der Zeit.

Nachdenken über die Christliche Demokratie im 21. Jahrhundert und dabei die „Erzväter“ weder verleugnen noch formelhaft repetieren – das ist die noch ungelöste Aufgabe, die die Umfrage Unionspolitikern gestellt hat.

Anm.:

Dr. J. C. Koecke ist Leiter des Teams „Religion und Wertorientierung“ der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Die Kirche verliert ihre universale, für alle Fragen des öffentlichen Lebens bedeutsame Rolle.“

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 1. 7. 03

Keine verbrauchende Embryonenforschung

Anlässlich der bevorstehenden Entscheidung der EU-Kommission über die Förderung embryonaler Stammzellforschung im Rahmen des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Thomas Rachel MdB:

Innerhalb des 6. EU-Forschungsrahmenprogramms galt bislang ein bis Ende 2003 befristetes Moratorium für die Förderung von Embryonenforschung. Morgen wird die EU-Kommission darüber entscheiden, ob sie eine neue Rechtslage schafft und künftig die Nutzung überzähliger Embryonen für Forschungszwecke zulässt.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU spricht sich dafür aus, dass keine Forschungsvorhaben von der EU gefördert werden, bei denen künftig Embryonen zur Stammzellforschung verbraucht und getötet werden. In Deutschland ist dies auf Grund des deutschen Stammzellgesetzes verboten. Mit der Stichtagsregelung im deutschen Gesetz wird sichergestellt, dass zukünftig keine Embryonen für die Forschung in Deutschland vernichtet werden.

Mit deutschen Steuergeldern darf in der EU keine Embryonenforschung finanziert werden, die in Deutschland ausdrücklich verboten ist und sogar strafrechtlich geahndet wird. Die finanzielle Förderung verbrauchender Embryonenforschung könnte zur Ausweitung des Bedarfs an überzähligen Embryonen führen und die Tendenz zur Kommerzialisierung und Funktionalisierung menschlichen Lebens befördern.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den im deutschen Stammzellgesetz vorgeschriebenen Schutz von Embryonen vor verbrauchender Forschung auf EU-Ebene tatkräftig zu vertreten und im EU-Ministerrat eine generelle Freigabe zu verhindern.



„Leben bis wir Abschied nehmen“

Der Hospizgedanke in unserer Zeit

Sigrid von Köller Pernice

„Entscheidend scheint mir in der ganzen Diskussion zu sein, dass der Mensch nicht dem Menschen verfügbar wird.“

Sterben als Übergang vom Leben zum Tod ist nicht irgendeine Lebensphase. Sie ist für jeden Menschen von besonderer Bedeutung, weil sie ihn mit der Endlichkeit seines Daseins konfrontiert. Es kann sein, dass ein Mensch bewusst Abschied nehmen kann, sozusagen „satt an Jahren“ und in „relativer Gesundheit“ bewusst das Sterben annimmt. Es kann aber auch sein, dass ein Mensch schwer erkrankt und mit Medikamenten möglicherweise verändert einen langen Weg des Abschieds gehen muss. Zu erkennen, an welchem Punkt des Weges eines persönlichen Abschieds sich ein Mensch befindet, ist in unserer schnelllebigen Zeit schwer. Wir haben verlernt, inne zu halten, zu lauschen und zu schauen, um zu erfahren, wie es dem anderen geht und wann wir gebraucht werden. Die Beschleunigung des Lebens hat viele Facetten: immer schneller, immer besser, immer jünger – und, und, und.

Dagegen setzen wir den Begriff der Entschleunigung. Der Titel eines Buches von Sten Nadolny lautet „Die Entdeckung der Langsamkeit“. Er beschreibt die Langsamkeit als eine Kunst, dem Rhythmus des Lebens Sinn zu verleihen. Die Versuchung liegt nah, das eine hoch zu loben und das andere zu verdammen. Seit Gorbatschow wissen wir „wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ und wir können allenthalben beobachten, dass die Langsamen weniger Chancen in unserer leistungsbezogenen Welt haben. Doch diese Sicht ist nicht hilfreich. Wir leben in der Polarität und müssen beide Aspekte in den Rhythmus des Lebens einbeziehen.

Nach Immanuel Kant (1724–1804) ist Vernunft das Prinzip des Maßes und auf das richtige Maß kommt es an. In jeder Sekunde unseres Lebens müssen wir entscheiden über das rechte Maß und unser

„Geigerzähler“, das feine Regulativ unseres Lebens ist unser Gewissen. Seit Beginn unseres Lebens wird es geschult, durch unsere Eltern, durch unsere Lehrer und durch das Leben selbst. Am Ende des Lebens ist es das Glockenspiel, das uns in den Abschied führt. Dieser Abschied kann ein langer Prozess sein, kann aber auch plötzlich geschehen. Es kann ein Weg voller Zukunft und Hoffnung sein, wenn die christliche Botschaft sich im Glauben erfüllt. Es kann aber auch ein Weg voller Ungewissheit sein, wenn Angst und Verzweiflung die Begleiter sind.

Nach den Gedanken des dänischen Philosophen Sören Kierkegaard (1813–1855) sind Angst und Verzweiflung Felder, die durchschritten werden müssen „auf dem Weg zur Fülle der Zeit“. Genau wissen wir alle nicht, wie dieser letzte Weg sein wird, aber wir haben viele Menschen erlebt, die ihn gegangen sind und dabei mit Achtung vor der Würde jedes einzelnen Menschen gelernt, wie wir helfend begleiten können. Hier ist das Hospiz eine der Möglichkeiten.

Das Hospiz war früher einmal eine Herberge für Reisende und Pilger. Die Hospizbewegung kam erst 1980 von England nach Deutschland. Hospize sind heute Häuser geworden, in denen Schwerkranke und ihre Angehörigen von sachkundigem Personal und ehrenamtlichen Helfern begleitet werden, um die letzte Lebenszeit des Kranken miteinander zu leben. Auch ambulant ist die Hospizidee fest verankert.

Wir, die Senioren Union der CDU Deutschlands, haben ein Verständnis von „Leben“, zu dem Krankheit, Leiden und Sterben, der Tod und die Trauer dazugehören. Wenn wir dieses Wissen zulassen, wenn es unsere Lebenshaltung prägt, dann können wir Menschen ernst nehmen und ihnen helfen, ihren letzten Weg nicht alleine zu gehen. Martin Buber hat einmal gesagt „Im Anderen zu sich selbst kommen“. In dem wir den Anderen begleiten,



erfahren wir etwas über uns selbst, das hinausweist in eine Dimension, die jenseits des Alltagsgeschehens Perspektiven eröffnet, die etwas Neues erahnen lassen.

Doch nun ganz konkret: Hospizarbeit ist möglich in Krankenhäusern, Altenheimen und ambulant in häuslichem Umfeld. Einem Hospizteam gehören Ärzte, Pflegekräfte, Angehörige bzw. pflegende Angehörige und ehrenamtliche Helfer an. Die Palliativmedizin (Medizin zur Linderung von Schmerzen) ist eng angekoppelt an die Versorgung im Hospiz bzw. in der „Hospizlichkeit“, denn Schmerzlinderung in der letzten Phase einer Krankheit ist unerlässlich und unbedingter Dienst am Nächsten. Oberstes Gebot ist jedoch die Grundtatsache, dass Kranke und Sterbende zum Leben gehören. Sie sollen so bewusst, normal und zufrieden wie möglich leben können. Ärzte und Pflegepersonal sollten als Mitmenschen ihre Fachkenntnisse zur Verfügung stellen zum Wohl aller Betroffenen, auch der Angehörigen. Es geht in dieser Lebensphase um ein „Loslassen“. Dieses Loslassen ist, wie zu Beginn beschrieben, in unserer heutigen Zeit nicht einfach. Im Grunde genommen müsste man es ein Leben lang üben, um dann in der Todesstunde auch loslassen zu können. Die Sensibilität im Umgang mit Sterbenden können Menschen, die im Hospiz ihre Hilfe zur Verfügung stellen, bewusst einbringen und ein Gespür dafür entwickeln, wann bei dem „Loslassen“ geholfen werden kann und wann der Mensch selber als Helfer oder Angehöriger loslassen muss.

Für den Umgang mit Sterbenden ist jedoch auch ein ordnungspolitischer Rahmen notwendig, der die strukturellen und finanziellen Anforderungen sicherstellt. Die Institutionalisierung und gesellschaftliche Eingliederung der Hospizarbeit bedingt:

- die Entwicklung einer flächendeckenden Grundversorgung,

- die Entstehung eines Verbundes von Trägervereinen mit einem Dachverband (z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft Hospiz),

- die Entwicklung von eigenen Ausbildungsgängen sowohl für ehrenamtlich Tätige als auch für alle Disziplinen, die hauptamtlich tätig werden, wie Pflegekräfte, Schmerztherapeuten und Seelsorger,

- die Entwicklung fachlicher Standards,

- die Integration in vorhandene Institutionen und große Organisationen.

Vielleicht kann es auch irgendwann einmal sein, dass Menschen einen rechtlich gesicherten Anspruch auf hospizliche Hilfeleistung haben und die Finanzierung von Hospizplätzen gesichert ist. Es ist ein sehr differenzierter Hilfeplan notwendig, der jeden einzelnen Sterbenden und sein individuelles Umfeld einbezieht. Auch Hospize für Kinder und Tageshospize seien hier genannt. Umfangreiche Literatur und Beratungsstellen von staatlichen und kirchlichen Trägern geben die Möglichkeit, wirklich jeden einzelnen Menschen in seiner Lage zu erreichen und ihm zu helfen.

Besondere Zuwendung gilt auch den trauernden Menschen, die nach dem Verlust eines nahe stehenden Menschen einen Neuanfang finden müssen. Menschliche Nähe, Zuwendung und Verständnis der Fachkräfte und ehrenamtlichen Helfer bahnen Hinterbliebenen einen Weg in ein Leben durch die Trauer hindurch zu neuen Perspektiven. An dieser Stelle noch ein Wort zu den unzähligen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, ohne deren Mut, Einsatz und Mitmenschlichkeit die Hospizarbeit in Deutschland nie zu dem geworden wäre, was sie heute ist: ein Zeugnis der Mitmenschlichkeit.

Zum Abschluss sei Hermann Hesse aus seinem Gedicht „Stufen“ zitiert:

*„Es wird vielleicht auch noch die Todesstunde
Uns neuen Räumen jung entgegensenden,
Des Lebens Ruf an uns wird niemals enden ...
Wohlan denn, Herz, nimm Abschied und
gesunde!“*

Anm.:

*Sigrid von Köller-Pernice ist
Bundesgeschäftsführerin der Senioren
Union der CDU Deutschlands*



Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU

Pressemitteilung vom 9.7.03

EU-Stichtagsregelung ist eine Täuschung

Mit Bestürzung und Sorge hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) die heutige Entscheidung über die Stichtagsregelung der EU-Kommission aufgenommen, die auf eine Ausweitung der verbrauchenden Embryonenforschung hinausläuft! Aller bisheriger Protest von kirchlicher und politischer Seite wird somit in seiner Substanz ignoriert und gegenstandslos.

Sollte der Ministerrat im Herbst hier seine Zustimmung erteilen, wäre der Rubikon hin zur verbrauchenden Embryonenforschung in der EU ein für allemal überschritten. Tausende von menschlichen Embryonen stünden somit zur Disposition.

Der Bundesvorsitzende, Thomas Rachel, erklärt: „Die von der EU-Kommission veränderte Stichtagsregelung, die sich nicht – wie nach deutschem Gesetz – auf die bereits vorhandenen Stammzelllinien sondern auf die Embryonen bezieht, ist eine Täuschung, denn auf diese Weise wird faktisch der Weg geebnet für die finanzielle Förderung der verbrauchenden Embryonenforschung in der EU.“

Die heutige Entscheidung ist ein Pyrrhussieg einer falsch verstandenen Forschungsfreiheit über die schützenswerte Würde und Integrität des menschlichen Lebens.

Die Geschichte des EAK!

Das Buch zum 50-jährigen Jubiläum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

+ Autogrammkarten von Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem Bundesvorsitzenden des EAK, Jochen Borchert (zur Erinnerung an die Veranstaltungen des EAK anlässlich des 1. Ökumenischen Kirchentages 2003 in Berlin).

– NUR SOLANGE VORRAT REICHT! –



Zum Preis von 12,- Euro (inkl. Porto- und Versandkosten).
Zu beziehen über:
Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK),
Klingelhöferstraße 8,
10785 Berlin,
Telefon: 0 30-22 07 04 32,
Telefax: 0 30-22 07 04 36,
E-Mail: eak@cdu.de



Evangelisches Leserforum

Klaus Berger:
Was ist biblische Spiritualität?

Was ist biblische Spiritualität? Eine „vormoralische Gestalt des Glaubens“, schreibt Klaus Berger, die „Durchdringung der Alltagswelt mit religiöser Erfahrung“. Damit hat der

Heidelberger Neutestamentler seine Bücher „Darf man an Wunder glauben?“ (Stuttgart 1996) und „Sind die Berichte des Neuen Testaments wahr?“ (Gütersloh 2002) ergänzt: Ging es dort um punktuelle Krafterfahrungen, einen konzentrierten mystischen Kontakt mit der himmlischen Welt, die nicht allen vergönnt sind, so stehen religiöse Alltagserfahrungen jedermann offen – wenn er oder sie sich ihnen denn öffnet.

Ein echter Berger ist dieses Buch, in Ansatz und Ausführung. Liebevoll, das spürt man allerorten,

zeichnet der Neutestamentler nach, welches reiche spirituelle Angebot die biblischen Schriften bereit halten. Und mit „Weisheitsverdacht“ begegnet der Gelehrte auch der Tradition, die vor ihm schon diesen Schatz ausgelegt hat. Weit entfernt von der immer besserwissenden Arroganz der Moderne, zollt Berger den alten, uralten Auslegungen Respekt als seien es ältere Kollegen. So zitiert er sie denn auch reichlich – bisweilen recht reichlich.

Gebührt diesem Traditionsbewusstsein auch alle Ehre, so braucht doch keinen Vergleich zu scheuen, was Berger selbst, z. B. zum biblischen Bild des Lichtes, schreibt: „Angesichts des Krippenlichtes ist das Aufklärungslicht der modernen Wissenschaft wie eine geballte Ladung flächendeckendes Neonlicht, kalt und gerecht. (...) Doch all das, was seit der Aufklärung geschehen ist, inklusive nuklearer Abschreckung und geklonter Menschen, sollte uns skeptisch machen gegenüber der Fähigkeit des Neonlichtes, selig zu machen. (...) Im Unterschied zur Aufklärung ist das Licht der Krippe nicht gleichmäßig über alles ausgebreitet, so dass man seinen Ursprung vergessen könnte. Sondern das Licht ist an einer Stelle

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 13. 6. 03

Resolution des EAK zum Gottesbezug der Präambel der EU-Verfassung

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU fordert, dass in der Präambel einer künftigen EU-Verfassung die Verantwortung vor Gott ausgesprochen wird. Der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland liegt als Erfahrung zu Grunde, dass keine Verfassung ohne die ausdrückliche Bindung an ein dem Menschen Unverfügbares vor willkürlicher Interpretation sicher ist. Der EAK unterstützt damit gleichzeitig die Bemühungen der christlichen Kirchen in Europa, die einen solchen Gottesbezug ebenfalls fordern.

Mit der Berufung auf Gott verbindet sich nicht ein christlicher oder gar kirchlicher Monopolanspruch, sondern hier soll in elementarer Weise der Transzendenzbezug des gesamten menschlichen Lebens im Sinne seiner unveräußerlichen Würde geschützt und bewahrt werden. Gleichzeitig wird daran erinnert, dass auch die politische Gestaltung des vereinten Europas der unverzichtbaren religiösen Wertebindung bedarf, ohne die sein gesamtes kulturelles, humanistisches und geistiges Erbe weder denkbar wäre noch lebendig bliebe.

Bei der gegenwärtigen Diskussion um die EU-Verfassung reicht es nicht aus, die Beteiligungsrechte religiöser Gruppen und Konfessionen zu sichern. Es geht vor allem um das Bemühen, innerhalb der Gesellschaften Europas das Wissen um die Unverfügbarkeit des Menschen in seiner ihm eigenen Würde lebendig zu erhalten und das Bewusstsein der wechselseitigen Verantwortlichkeit der Menschen füreinander zu bewahren.

konzentriert. Dort ist das Heilige, dort das Kind in der Krippe. Und der angemessene Gestus ist nicht die Analyse, sondern ich lasse mich hineinziehen und bannen von der hellen Wirklichkeit des Einzigen.“

Wieder einmal hat Klaus Berger ein feines Gespür bewiesen und zur rechten Zeit das richtige Buch veröffentlicht. Wer an die 100 Vorträge im Jahr hält, landauf und landab in den Kirchengemeinden, der kennt ihre drängenden Fragen. Der weiß darum, dass den sozialetischen 80ern ein Zeit-

alter gefolgt ist, welches wieder stärker nach religiöser Erfahrung fragt. Bergers Buch will nicht in einem Zug durchgelesen sein, eher in kleinen Portionen, in ruhigen Augenblicken und auch (dank des Registers) während der Vorbereitung einer guten Predigt. Es verlangt Zeit. Und nur so wird es dann auch dem Wesen seines Inhaltes gerecht.

Anm.:

Johannes Krug ist zur Zeit als Sondervikar der Hannoverschen Landeskirche im EKD-Büro Brüssel tätig.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU



Pressemitteilung vom 13.6.03

Resolution des EAK zur Friedenspolitik

Die Diskussion über den Irakkrieg in den vergangenen Wochen hat gezeigt: Wir brauchen eine differenzierte Auseinandersetzung um den Friedensbegriff. Frieden herrscht nicht dort, wo das Recht des Stärkeren gilt. Frieden ohne Freiheit, ohne Achtung der Menschenrechte, Frieden ohne Recht und Gerechtigkeit ist hier wahrer Frieden, sondern kann zur Ursache für Gewalt, Terror und Bedrohung für andere Menschen und Völker werden.

Um des Friedens willen muss Politik für die Stärkung des Rechts, für die Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte, für Freiheit und Gerechtigkeit einzutreten. Dazu gehört, dass Unrecht, Unterdrückung und Gewaltherrschaft offen benannt werden, dass nicht weggesehen wird von Konflikten, weil deutsche Interessen scheinbar nicht berührt werden. Wo Menschenrechte missachtet werden und Freiheit eingeschränkt wird, da sind immer auch unsere Interessen betroffen.

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU betrachtet es darum als eine vordringliche Aufgabe, die Neugestaltung einer weltweiten Sicherheits- und Friedensordnung voranzutreiben. Seit dem Irakkrieg wissen wir um die Notwendigkeit einer im neuen Geiste geeinten, durchsetzungsfähigen wie auch durchsetzungswilligen Weltgemeinschaft, die für Menschenrechte, Menschenwürde, Freiheit und Frieden einzutreten bereit ist.

Hierzu muss zum einen das Völkerrecht konsequent weiterentwickelt werden. Es darf nicht sein, dass sich Staaten vor dem Zugriff der freiheits- wie friedliebenden Weltöffentlichkeit in Sicherheit wähnen und sich auf ein veraltetes Verständnis nationalstaatlicher Integrität berufen können! Wegen der Schwäche der UN kann es zu einer Rückkehr zum Recht des Stärkeren kommen. Die Staatengemeinschaft muss willens und in der Lage sein, Staaten entgegenzutreten, die Menschenrechte in eklatanter Weise verletzen. Die Chancen der Globalisierung können nur dann segensreich wirken, wenn sie gesichert werden durch eine Übereinstimmung in den Rechtsvorstellungen und -strukturen der Gemeinschaft der Völker. Hierzu muss sich die UNO von Grund auf erneuern. In einem sicherlich lang dauernden Prozess muss Einvernehmen über die Menschenrechte erzielt werden. Der Irakkrieg hat gezeigt, dass ein ideologisch erstarrter Pazifismus friedenspolitisch in die Sackgasse führt.

Das Bündnis zwischen Europa und den USA muss wieder eng und fest geschlossen und ein neues Vertrauensverhältnis befördert werden im Interesse einer gedeihlichen und verlässlichen Zusammenarbeit. Nur auf diesem Weg kommen wir dem Ziel einer gerechten Weltordnung näher. Dabei muss Europa auch bereit sein und in die Lage versetzt werden, im Rahmen des Bündnisses globale Stabilisierungs- und Friedensaufgaben zu übernehmen. Bei allem wissen wir, dass all unser Bemühen Stückwerk bleiben wird. Aber wir wollen es tun in der Hoffnung auf Gottes Frieden.

„Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU betrachtet es als eine vordringliche Aufgabe, die Neugestaltung einer weltweiten Sicherheits- und Friedensordnung voranzutreiben.“

Aus unserer Arbeit

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU und der 1. Ökumenische Kirchentag

„Ihr sollt ein Segen sein!“ – so lautete das ermutigende Motto des 1. Ökumenischen Kirchentages,



Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Jochen Borchert

der vom 28. 5. bis 1. 6. in Berlin Christen der unterschiedlichsten Konfessionen zusammengeführt hat. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU nahm dies zum Anlass, noch einmal ganz besonders auf die ökumenische Bedeutung der Union generell und seinen eigenen, spezifischen Beitrag diesbezüglich hinzuweisen. Am 30. Mai lud er zum Vortrag des Altbundeskanzlers Dr. Helmut Kohl zum Thema „Union und Ökumene“ in die Urania sowie am Abend zum Kirchentagsempfang mit der Parteivorsitzenden Dr. Angela Merkel und vielen Ehrengästen aus Kirche und Politik ins Konrad-Adenauer-Haus ein.

Jochen Borchert, der Bundesvorsitzende des EAK, empfing Helmut Kohl unter großem Beifall der Anwesenden. In der Union, so Borchert in seinen einleitenden Worten, würden wir im politischen Alltagsgeschäft immer wieder erleben, wie wichtig es in einer zunehmend unübersichtlich

werdenden Welt sei, dass Christen sich – trotz all ihrer Verschiedenheiten – ihres gemeinsamen Auftrages für diese Welt bewusst seien. Dies sei im wahrsten Sinne des Wortes ein „Segen“ für unser Land. Ein „Segen“ sei es aber auch, dass wir in den zurückliegenden Jahrzehnten lernen durften, dass in sehr vielen gesellschaftspolitischen und ethischen Fragen konfessionsübergreifende christdemokratische Politik in „versöhnter Verschiedenheit“ möglich geworden sei. Ökumenische Verständigung sei schließlich nicht nur allein die Angelegenheit der rein kirchlichen Ebenen, also der Dialog der Kirchen untereinander, sondern bezeichne auch die Verständigung der Christen untereinander bei der wichtigen und großen Aufgabe der politischen Gestaltung auf der Basis des christlichen Glaubens, seiner Werte und seines Menschenbildes. Das Thema „Union und Ökumene“ dränge sich also förmlich von selbst auf.

In seiner etwa einstündigen Rede, die mitreißend lebendig und teilweise sogar von Humor und viel Fröhlichkeit getragen war, spannte der Altbundeskanzler noch einmal einen weiten thematischen Bogen zwischen unserer heutigen gesellschaftlichen Situation und der Wirklichkeit des Jahres 1945. Er erinnerte zunächst an den richtungsweisenden Gründungsauftrag der Berliner CDU vom 26. Juni 1945, in dem die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ in programmatischer Weise als unverzichtbar für den Neuanfang und die Zukunft Deutschlands in Freiheit und Demokratie benannt wurden. In einem großen geschichtlichen Überblick, angereichert durch die vielfältigen Erfahrungen persönlicher Zeitgenossenschaft, beschrieb Kohl den Weg aus den Trümmern hin zur gefestigten Bundesrepublik. Durch die beeindruckende Integrationskraft der Union sei es gelungen, die sich bis dato starr voneinander abgrenzenden konfessionellen Milieus inner-

parteilich zu einem Großteil aufzuweichen und so manche Fronten zwischen den Christen auf dem gemeinsamen Weg der politischen Gestaltungsverantwortung zu überwinden.

In der anschließenden Diskussion wurden viele bewegende Themen gestreift, so z.B. die bleibende Notwendigkeit der verlässlichen Wertebindung, damit zusammenhängende Fragen der Bildungspolitik, der künftigen gesamtgesellschaftlichen Reformprozesse und des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Der Altbundeskanzler verstand es virtuos, die wesentlichen Grundanliegen und Zielperspektiven christdemokratischer



Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel

Politik als weiterhin richtungsweisend und zukunftsorientierend zu vermitteln. Auf der Basis der christlichen Werte und des christlichen Menschenbildes werde Deutschland auch weiterhin eine Zukunft haben und es bestehe keine Veranlassung dazu, nun in ein hoffnungsloses gesamtgesellschaftliches Lamento zu verfallen. Die weitere ökumenische Verständigung zwischen den verschiedenen christlichen Bekenntnissen, aber auch der gesamte Beitrag der Kirchen, die allerdings bei ihrem eigentlichen Auftrag bleiben müssten, sei hierzu jedoch ebenfalls vonnöten.

Am Abend eröffnete die Parteivorsitzende, Dr. Angela Merkel, die Reihe der prominenten Redner beim 2. Empfang des EAK anlässlich eines Kirchentages im gut besuchten Foyer der CDU-Bundes-



Thomas Rachel und Manfred Kock

geschäftsstelle. Auch sie unterstrich die bleibende Bedeutung der christlichen Wertvorstellungen für die Union. Sie nahm dabei das Motto des Kirchentages zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass das politische Alltagsgeschäft aus der Sicht vieler Bürger ja bisweilen auch als das Gegenteil von Segen erscheine. Deshalb sei die Union gerade hier immer wieder aufgerufen, glaubwürdige Akzente zu setzen. Dem Evangelischen Arbeitskreis dankte sie für seinen erfolgreichen und unverzichtbaren diesbezüglichen Beitrag. Der EAK sei in seiner Geschichte zwar nicht selten auch in seiner mahnenden und unbequemen Funktion in Erscheinung getreten, und zwar gleichermaßen parteiintern wie -extern, gerade hier liege aber seine große Bedeutung für die Partei. Kardinal Sterzinsky unterstrich die integrative und ökumenische Bedeutung des EAK und der Ratsvorsitzende der EKD, Manfred Kock, wünschte ihm und dem



Melanie Liebscher, Julia Scheel, Hans-Michael Bender, Christian Meißner mit Dr. Angela Merkel am EAK-Stand auf der Agora des 1. Ökumenischen Kirchentages

scheidenden Bundesvorsitzenden, Jochen Borchert, – vor dem Hintergrund jahrelanger, gedeihlicher Verbindung – auch weiterhin viel Erfolg und Segen. Der neu gewählte Berliner CDU-Landesvorsitzende, Joachim Zeller, und der katholische Präsident des ersten Ökumenischen Kirchentages, Prof. Dr. Joachim Meyer, schlossen die Rednerliste. Das Zusatzprogramm des Evangelischen Arbeitskreises zum ersten Ökumenischen Kirchentag war ein voller Erfolg und der enorme zahlenmäßige Zuspruch der Besucher zeigte augenfällig, wie „segensreich“ seine Existenz für die Partei ist!

Thomas Rachel MdB neuer EAK-Bundesvorsitzender

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel (Düren) ist zum neuen Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Deutschland gewählt worden. Er erhielt auf der EAK-Bundestagung in Halle 95,8 Prozent und 68 von 76 abgegebenen Stimmen.

Thomas Rachel, bisher Landesvorsitzender des EAK in Nordrhein-Westfalen, wird damit Nachfolger des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Jochen Borchert MdB, der den EAK Deutschlands zehn Jahre geleitet hat.

Seit über fünfzig Jahren besteht der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU Deutschlands als Zusammenschluss der evangelischen Christen in der Union, dem heute über 200.000 Mitglieder angehören. Weitere Vorgänger von Thomas Rachel als EAK-Vorsitzende sind die heutige CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel, Peter Hintze, Albrecht Martin und der frühere Bundespräsident Roman Herzog.

Für den neuen EAK-Bundesvorsitzenden bleibt das „C“ im Namen der Union tragendes Fundament christdemokratischer Politik. Das „C“ müsse als Orientierung von Politik in christlicher Verantwortung in

den Entscheidungen von CDU und CSU stärker sichtbar werden. Insofern sei das „C“ Herausforderung und Chance.

In seiner Rede schlug Thomas Rachel vor, dass sich der EAK künftig auch der Menschenrechtsarbeit widmen sollte. Weitere Themen werden die Sicherung des Religionsunterrichts in Deutschland und eine würdevolle Sterbebegleitung sein. Rachel lehnt die aktive Sterbehilfe ab: „Der Evangelische Arbeitskreis tritt für ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt ein. Das Leben ist ein Geschenk Gottes. Deshalb lehnen wir es auch ab, lebenserhaltende Maßnahmen nur



Thomas Rachel

bestimmten Altersgruppen zugänglich zu machen. Eine Entscheidung zwischen wertem und unwertem Leben kommt nicht in Frage.“ Der neue EAK-Bundesvorsitzende forderte den Ausbau der Palliativmedizin und der Hospizarbeit in Deutschland.

„Wer an Familien und Kindern spart, spart an gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit“, kritisierte er auf der Bundestagung in Halle. Eine Ausweitung der Ganztagsangebote müsse bedarfsorientiert erfolgen und von den Bedürfnissen und Erwartungen des Kindes und der Familie her konzipiert werden. Rachel: „Die ‚Lufthoheit über den Kinderbetten‘ werden wir keiner politischen Partei zubilligen.“ Die Ganztagschule als Zwangsschule für alle komme nicht in Frage. Ganztagsangebote müssten familienergänzend und nicht familienersetzend sein.

Friedenssicherung und Friedensverantwortung im 21. Jahrhundert

Anlässlich der 40. Bundestagung des EAK trafen sich der Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Dr. Axel Noack, und der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, zum Theologischen Abendgespräch zum Thema „Friedenssicherung und Friedensverantwortung im 21. Jahrhundert“ im



Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, Jürgen Scharf und Bischof Dr. Axel Noack

Hallenser Maritim-Hotel. Der Ortsbischof betonte gleich zu Beginn, dass es in der schwierigen friedensethischen Debatte unter Christen vor allem darum gehe, miteinander in den Dialog um die strittigen Fragen zu treten, ohne sich jedoch über die Kontroversen gegenseitig das Christsein abzusprechen. Er verneinte die Notwendigkeit einer grundsätzlich neuen Friedensethik nach dem Irakkrieg und verwies darauf, dass es weiterhin eine Bindung der militärischen Gewalt an das Recht geben müsse. Die UNO habe zwar eine Beschädigung erfahren, müsse aber neu ihre Geltungs- und Gestaltungskraft zurückgewinnen. Eine andere Alternative hierzu gebe es nicht. Noack betonte die Unverzichtbarkeit auch radikalpazifistischer

Strömungen innerhalb der Meinungsvielfalt der Kirche und machte gleichzeitig deutlich, dass Kirche, um Kirche bleiben zu können, ein ganzes Spektrum von unterschiedlichen Meinungen auch in dieser Hinsicht erdulden könne.

Als besonders wichtig unterstrich der Bischof, dass sowohl Kirche als auch die freiheitliche Gesellschaft die Spannung zwischen klaren ethischen Prinzipien einerseits und der Notwendigkeit zur Kompromissfindung andererseits immer wieder auszuhalten hätten. Ethische Gestaltung der Weltwirklichkeit sei in jeder Situation von Gott aufgetragen und auch extrem unbefriedigende politische und ethische Konstellationen dürften keinesfalls zur generellen Aufgabe der ethischen Prinzipien führen. Auch dem Terror müsse unbedingt mit Mitteln des Rechtsstaates begegnet, eine transparente Öffentlichkeitspolitik in den Demokratien auch in Kriegs- und Krisenzeiten gewährleistet und dem Missbrauch von Religion für politische Zwecke endlich Einhalt geboten werden.

Ministerpräsident Böhmer forderte in seinem Referat zu vermehrter politischer Nüchternheit auf. Solange es keinen tragfähigen internationalen Konsens über grundlegende friedensethische Ziele gebe, sei auch jegliche Hoffnung im Hinblick auf eine konfliktfreie Welt illusorisch. Er stimmte Bischof Noack darin zu, dass ein unilaterales Vorgehen einer einzigen Großmacht auf Dauer nicht akzeptabel sei. Die gegenwärtige weltpolitische Konfliktlage sei jedoch noch komplizierter geworden als in früheren Zeiten. Die Tendenz zur computerisierten „high-tech“-Kriegsführung könne in Zukunft eine

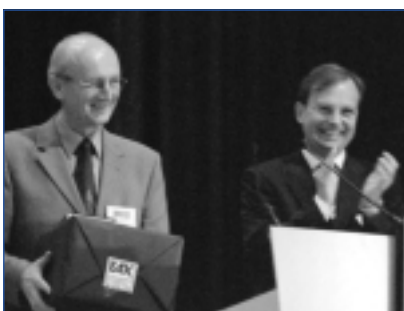
bedenkliche Ausweitungen erfahren. Friedenspolitik im 21. Jahrhundert sei demzufolge nicht einfacher, sondern schwieriger als in früheren Zeiten. Kritisch merkte Böhmer an, dass auch die UNO – seit ihrer Gründung – immer wieder hinter ihren eigenen Idealen zurückgeblieben sei. Solange der Friede als gemeinsames ethisches Ziel der Weltgemeinschaft aber nicht wirklich mehrheitsfähig sei, werde es immer wieder mit Unvermeidlichkeit zu kriegerischen Gewaltanwendungen kommen. Abschließend hob Böhmer die große Bedeutsamkeit der künftigen friedenspolitischen und -ethischen Diskussionen zwischen den Zivilisationen und Religionen



v. l. n. r.: Gustav Isernhagen, Dr. Ingo Friedrich, Jochen Borchert, Thomas Rachel, Christian Meißner, Prof. Dr. Ulrich Körtner und Dr. Angela Merkel

auf der Basis gleicher Wertebegriffe als Grundvoraussetzung einer tragfähigen Friedensordnung hervor.

Die Hauptvorträge auf der 40. EAK-Bundestagung in Halle/Saale, die unter dem Motto der Bergpredigt „Selig sind die Friedensstifter“ stand, hielten Prof. Dr. Ulrich Körtner von der Ev.-Theologischen Fakultät der Universität Wien (in diesem Heft abgedruckt) und die Parteivorsitzende der CDU, Frau Dr. Angela Merkel.



Abschied von Jochen Borchert

Nach zehnjähriger Amtszeit als Bundesvorsitzender des EAK wurde Jochen Borchert MdB und Bundesminister a. D. auf der 40. Bundestagung des EAK in Halle verabschiedet.

Der EAK ist Jochen Borchert für die erfolgreiche und gute Zusammenarbeit zu großem Dank verpflichtet. Wir wünschen ihm für seine weiteren Aufgaben von Herzen alles Gute, viel Kraft und Gottes Segen!



„Seid aber Täter des Worts und nicht Hörer allein.“
(Jak. 1,22)

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehn“ heißt es im Goetheschen „Faust“. Und der grübelnde Faust kann die Stelle aus dem Prolog des Johannesevangeliums mit den Worten übersetzen: „Im Anfang

war die Tat“. – Schlechte Zeiten für das Wort, könnte man da meinen! Es ist zwar bekanntermaßen auch nicht alles Gold, was Goethe schrieb (geschweige denn getan hat!), aber er zeigt uns an dieser Stelle ein wesentliches Defizit menschlicher Rede auf: Worte sind nicht alles im Leben. Und „bloße“ Worte sind genau genommen zu überhaupt nichts nütze.

Unsere häufig so hyperaktive und verhetzte Zeit lebt ja dementsprechend auch schon längst von einem ganz anderen Gründungsmythos: Was in unserer Leistungsgesellschaft allein zählt, ist nämlich die Tat, also das vorzeigbare Ergebnis, die Aktivität oder neudeutsch: „was hinten bei rauskommt“. Was man heutzutage sehen will und was vor allem beachtet wird, das sind vorzeigbare Fakten, benennbare Ergebnisse, aufweisbare Taten und eben kein leeres „Geschwätz“!

Auf den ersten Blick könnten wir versucht sein, das Wort aus dem Jakobusbrief in genau dieser beschriebenen Richtung zu verstehen. Es würde dann nichts weiter artikulieren als eben diesen Überdruß des faustisch-modernen Menschen an einem gleichsam weltfremden, verkopften und konsequenz- bzw. ereignislosen Leben. Doch andererseits wissen wir, dass uns die Schrift ja auch eine andere Wahrheit lehrt, die der Apostel Paulus mit folgenden Worten umschreibt: „So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht wird ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben“ (Röm.3,28). Das meint dann aber nun: Nicht durch unsere Taten und Werke erarbeiten wir uns in den Augen Gottes erst unsere Werthaltigkeit und nicht durch unsere Anstrengungen und unser Vermögen müssen wir uns unsere Wür-

de vor Gott verdienen. Unser Heil besteht im letzten gerade nicht in dem, was von, an und durch uns vorzeigbar und aufweisbar ist!

Was soll denn nun aber gelten? Paulus oder Jakobus? Zählen nun unsere Werke und Taten oder allein unser Glaube durch und an das Wort Gottes? Die Antwort lautet schlicht: Beides! Glaube und Werke gehören im wohlverstandenen Sinn immer zusammen: Weder der tatenlose Glaube noch die glaubenslose Tat stehen je für sich genommen auf dem Wunschzettel christlicher Frömmigkeit!

Mit dem Glauben ans Wort fängt tat-sächlich alles an. Das Wort Gottes ist eben – im Gegensatz zur menschlichen Rede – immer glaubwürdig und wahr! Das Wort Gottes ist weder leer noch folgenlos. Es ist wirkmächtig, auch und gerade dann, wenn es sich in, mit und unter der Gebrochenheit und Unvollkommenheit unserer Worte Gehör verschafft. Gottes Wort ist immer Tatwort! Aber gerade weil das so ist, können wir uns glaubend, liebend und hoffend – mit allem, was wir menschlich und gewissermaßen allzu menschlich sind und haben – an dieses Wort halten. Schließlich sollen wir doch mit diesem Wort gleichförmig werden und uns von ihm verwandeln lassen.

Jakobus will uns kein naives gottvergessenes „Gutmenschen-tum“ nahe bringen, er kritisiert vielmehr eine gefährliche Zerrform des Glaubens. Und diese besteht darin, den Grund christlicher Hoffnung nicht mit aller gebotenen Konsequenz des Kopfes, des Herzens und der Hand ernst zu nehmen. Glaube ist immer „leibhaftig“ oder er ist gar kein Glaube. Glaube verändert mich. Glaube hat immer (auch erfahrbare!) Folgen für mein Leben. Wo das nicht spürbar wird, ist der Glaube tot. Ein guter Baum trägt nun einmal gute Früchte! Und an den Früchten kann man bekanntermaßen zwar nicht alles, aber doch schon einiges erkennen und beurteilen. Und wer von uns greift schon gern zu einer verfaulten Frucht?

Meißner

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Ulrich Körtner
Institut für Systematische Theologie
Evangelisch-Theologische Fakultät
Rooseveltplatz 10
A-1090 Wien

Dr. Johannes Christian Koecke
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Rathausallee 12
53757 Sankt Augustin

Sigrid von Köller-Pernice
Bundesgeschäftsführerin der Senioren Union
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Johannes Krug
Sondervikar
EKD-Büro Brüssel
Rue Joseph II, 166
1000 Brüssel